

Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!

Zu TOP 2,17,18 - BSE - erklären der
Vorsitzende, **Karl-Martin Hentschel**,
und der agrarpolitische Sprecher der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Rainer Steenblock:

Nr. 293.00 / 14.12.2000

Die Landwirtschaft muss sich neu orientieren!

Wie immer, wenn ein Unglück passiert ist, wenn ein Schaden, eine Katastrophe eingetreten ist, sind plötzlich alle erschüttert. Dann rufen alle danach, dass hart durchgegriffen werden muss.

Leider hält das erfahrungsgemäß nicht lange vor. Erinnern wir uns noch an den Futtermittelskandale oder die Hormonspritzenskandale, die Schweinepest, usw., die uns doch immer wieder in Erinnerung gerufen haben, wie wichtig eine staatliche Lebensmittelüberwachung ist. Und doch haben wir sie immer wieder vergessen und noch vor wenigen Wochen gab es Debatten darüber, ob nicht die Kontrollen durch das Umweltministerium übertrieben seien.

Ein gute staatliche Lebensmittelüberwachung ist ein Muss. Und sie muss über die Preise bezahlt werden. Gute Lebensmittel müssen ihren Preis haben, damit die VerbraucherInnen sie auch als solche würdigen. Das bedeutet: Laborkosten, Untersuchungen, Futtermittel, Tierkörperbeseitigung und die Einhaltung von Hygienevorschriften müssen auf den Preis der Ware umgelegt und dürfen nicht zusätzlich von der Allgemeinheit erstattet werden.

Die Entdeckung von BSE in Schleswig-Holstein macht deutlich: Wir müssen den Umstieg in die ökologische Landwirtschaft beginnen.

Der Flächenanteil des Ökolandbaus soll in den nächsten fünf Jahren auf mindestens zehn Prozent gesteigert werden. Dies kann aber nur erreicht werden, wenn sich die Förderpolitik in Schleswig-Holstein und in Deutschland deutlich ändert. Die Förderkataloge der EU bieten hier durchaus Möglichkeiten. Industrielle Massentierhaltung muss durch eine flächengebundene Tierhaltung ersetzt werden, das bedeutet auch eine Ende der Aufstockungsförderung und ein Ende der steuerlichen Privilegien.

Es geht aber nicht nur um mehr Fläche für den Ökolandbau. Auch die konventionelle Landwirtschaft muss sich stärker am Leitbild einer umweltorientierten und artgerechten Landwirtschaft ausrichten.

Nur durch konsequentes Verhalten wird es gelingen, das Vertrauen der VerbraucherInnen zurückzugewinnen. Das heißt: Tests aller Schlachtrinder und angesichts des verstärkten Schlachttourismus ein Importverbot für alle Rinder, die nicht den nationalen Regelungen im Bereich Test und Futtermittel entsprechen. Eine Anlieferungspflicht von Schlachttieren am nächsten Schlachthof würde auch die tierquälerischen Schlachtviehtransporte zumindest reduzieren.

Statt in die neue Risikotechnologie Gentechnik in der Landwirtschaft immer neue Millionen zu pumpen, muss die lange vernachlässigte BSE-Forschung intensiviert werden.

Völlig unverständlich ist das Verbot des Bundes hinsichtlich der Kennzeichnung von getesteten Rindfleisch. Die VerbraucherInnen haben ein Recht darauf zu erfahren, welches Fleisch getestet wurde, auch wenn dadurch keine vollständige Sicherheit gegeben ist.
